



II-10238 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
 und öffentlicher Dienst
 ING. HARALD ETTL

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
 Tel. (0222) 531 15/0
 DVR: 0000019

Zl. 353.260/32-I/6/90

5. März 1990

An den
 Präsidenten des Nationalrates
 Rudolf PÖDER

Parlament
 1017 W i e n

47551AB

1990 -03- 05

zu 48341J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Neidhart und Genossen haben am 16. Jänner 1990 unter der Nr. 4834/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend radioaktives Jod in der March gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Was ist Ihnen über den oben dargestellten Vorfall bekannt?
2. Wurden Untersuchungen über die Ursache der erhöhten Radioaktivität in der March durchgeführt?
3. Wenn ja: was war die Ursache für die erhöhte Radioaktivität in der March?
4. Wenn nein: warum wurden Untersuchungen im Sinne der Frage 2 unterlassen?
5. Was haben Sie in der gegenständlichen Angelegenheit - von allfälligen Untersuchungen abgesehen - unternommen bzw. was werden Sie noch unternehmen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 2 -

Zu den Fragen 1 bis 5:

Der Bericht über die Messungen des Ökologie-Instituts ist mir bekannt.

Gemäß § 37 Strahlenschutzgesetz fällt die Überwachung Österreichs bezüglich großräumiger Kontamination durch radioaktive Substanzen in meinen Wirkungsbereich. Es finden regelmäßig Messungen statt, u.a. an Oberflächengewässern wie March bzw. Thaya. Die in der Anfrage angesprochenen Meßwerte liegen im üblichen Größenordnungsbereich. Jod 131 wird in großen Mengen in der Nuklearmedizin eingesetzt. Solange es üblich war, Abwässer direkt in den Vorfluter abzugeben, gelangte von einer nuklearmedizinischen Station beträchtlich mehr Jod in Gewässer als durch ein Kernkraftwerk der heute üblichen Größe. In den letzten Jahren wurde diese Situation durch die Schaffung von Abklinganlagen etwas verbessert. Eine gewisse Belastung von Gewässern durch Jod 131 wird jedoch auch weiterhin als Folge von Radiojodtherapien bestehen bleiben. Diese Belastung des Vorfluters stellt keinerlei Gefährdung für die menschliche Gesundheit dar.

Eine Abgabe von Jod 131 über die Abwässer eines Kernkraftwerks ist äußerst unwahrscheinlich, da Jod im Betrieb eines Kernkraftwerks überwiegend gasförmig freigesetzt wird. Hierfür werden als Rückhalteinrichtungen spezielle Aktivkohlefilter eingesetzt. Die Vermutung, daß das Vorliegen von Jod 131 in der March auf eine Panne im Kernkraftwerk Dukovany zurückzuführen sei, kann mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Das vollautomatische Überwachungssystem zur Überwachung der Strahlensituation in Österreich gab im fraglichen Zeitraum keinerlei Hinweise auf eine Unregelmäßigkeit im Betrieb des Kernkraftwerkes Dukovany. Weiters liegen auch aus der CSSR keine Informationen über eine ungeplante Abgabe von Radiojod aus dem Kernkraftwerk Dukovany vor.

